

tungsfrage bislang keinen Druck ausgeübt habe.⁵⁸ Auch die detaillierten Wirtschaftsverhandlungen in Washington Mitte November⁵⁹ erbrachten keine eindeutige amerikanische Antwort, doch wurden jetzt ökonomische Details der französischen Ruhr- und Rheinlandpläne erstmals genauer besprochen. Dabei erwies die französische Position sich als durchaus verhandlungsfähig.⁶⁰ Doch wies das State Department Anfang Dezember recht geschickt die Verantwortung für die Stagnation in der Deutschlandpolitik in der Öffentlichkeit allein den Franzosen zu, als das Kriegsministerium gegenüber dem State Department mehrfach auf eindeutige Instruktionen — die es selbst inzwischen teilweise schon nach Berlin gegeben hatte — drängte.⁶¹ Die Forschung hat dieses Urteil seitdem weithin übernommen.

Die interalliierten Verhandlungen im Herbst 1945 waren also dadurch gekennzeichnet, daß die verschiedenen alliierten Entscheidungsträger gewissermaßen aneinander vorbeiredeten: Clay bezog scharfe Positionen, aber gegenüber Gesprächspartnern, die sowohl nach Pariser Ansicht wie nach Beschluß der Außenministerkonferenz nicht zuständig waren und dies auch stets von neuem betonten. Washington enthielt sich wochenlang einer Antwort und begann erst im November 1945 eine genauere wirtschaftspolitische Diskussion über die Ruhr-Rheinland-Frage. Diskutiert wurden dann auch nur diese Probleme, in denen die Diplomaten des Quai d'Orsay sich rasch kompromißbereiter zeigten als de Gaulle. Typisch für die Unklarheiten in der Zentralverwaltungsdebatte ist die Äußerung eines ungenannten Mitgliedes der französischen Kontrollratsmission gegenüber Murphy Mitte Dezember, den Franzosen sei nie deutlich gesagt worden, die deutschen Zentralverwaltungen sollten schwache Gremien unter starker Kontrollratsaufsicht sein.⁶² Diese Konstellationen des Herbstes 1945 sind für die Erklärung der französischen Haltung von zentraler Bedeutung, und hier setzten Anfang 1946 die französischen Kompromißversuche an.

Zunächst war die Situation zu diesem Zeitpunkt jedoch längst blockiert: seit Ende September hatten die Franzosen im Kontrollrat die Beteiligung an Entscheidungen über deutsche Zentralverwaltungen verweigert,⁶³ und als sich um die Jahres-

⁵⁸ Protokoll in Clay Papers, Bd. 1, S. 111 ff., hier S. 112. Vgl. auch Vermerk über Clay's Gespräch mit Byrnes und Patterson, 6. 11. 1945; FRUS 1945 Bd. 3, S. 892 f. GIMBEL, *American Occupation* (S. 16 ff., bes. S. 19) schreibt, die Amerikaner hätten auf verschiedenste Weise eine Änderung der französischen Haltung zu erreichen versucht. In den publizierten Akten des State Department findet diese Interpretation nur sehr eingeschränkt eine Stütze. Zu der amerikanischen Rücksichtnahme auf die innenpolitische Instabilität in Frankreich siehe in ihren ambivalenten Wirkungen für die Deutschlandpolitik u. a. SCHREINER, Bidault, und KRIEGER, Clay, S. 104 ff. u. 143 ff.

⁵⁹ 13. — 20. 11. 1945; vgl. Bericht in FRUS ebd., S. 896 ff.

⁶⁰ Vgl. die Berichte von Caffery über die Folgeverhandlungen, ebd., S. 912 ff.

⁶¹ Vgl. Schreiben des Kriegsministers Patterson an Byrnes, 21. 11. 1945 (ebd., S. 908 f.), 10. 12. 1945 (ebd., S. 917) und 28. 12. 1945 (ebd., S. 922 f.). Am 6. 12. 1945 sandte Byrnes (an Caffery, ebd., S. 916) ein Ultimatum, wenn die Franzosen nicht zustimmten, würden Drei-Zonen-Institutionen errichtet; im Kontrollrat hatte Clay dies seit September schon angedroht.

⁶² Murphy an Byrnes, 16. 12. 1945; FRUS 1945 Bd. 3, S. 920 f.

⁶³ Zu den Etappen, die hier nicht detailliert verfolgt werden, siehe u. a. DEUERLEIN, *Obstruktionspolitik*; WILLIS, *The French*, S. 26 ff. Laufende detaillierte, meist telegraphische Berichte des GFCC an MdAE und Baden-Baden in MdAE Y (1944—1949) 453—454.